



**Le Syndicat.  
Die Gewerkschaft.  
Il Sindacato.**

**Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds**  
Bern, 7. Juli 2023

Beitrag von Véronique Polito, Vizepräsidentin der Gewerkschaft Unia

## **Jetzt sind wir dran: Es braucht generelle und beträchtliche Lohnerhöhungen!**

Die offiziellen Statistiken zeigen, dass die Reallöhne bereits seit drei Jahren teuerungsbedingt sinken. Betrachtet man die Situation von Menschen mit mittleren oder niedrigen Einkommen, ist die Lage noch schlimmer. Der Landesindex der Konsumentenpreise berücksichtigt nämlich nur teilweise die Situation von Mittel- und Arbeiter:innenklasse, die viel stärker von steigenden Lebensmittelpreisen, Krankenkassenprämien, Mieten und Energiekosten betroffen sind. Die letzten Lohnerhöhungen haben bei Weitem nicht ausgereicht, um die weit unterschätzte Teuerung auszugleichen. Hinzu kommt, dass sich die Unterschiede zwischen den Löhnen von Frauen und Männern weiter verschärft haben, da Frauen überwiegend in Branchen arbeiten, in denen die Reallöhne noch stärker als im Durchschnitt gesunken sind.

Dieser allgemeine Kaufkraftverlust ist nicht nur Gift für die Bevölkerung, sondern auch für unsere Wirtschaft. Wenn die Kaufkraft sinkt, hat dies erhebliche Auswirkungen auf das Konsumklima und damit auf das reibungslose Funktionieren unserer Binnenwirtschaft. Hier ein Überblick über die Situation in den wichtigsten Branchen der Gewerkschaft Unia:

### **Dienstleistungssektor: Grosse Herausforderungen in mehrheitlich von Frauen geprägten Branchen**

Dem **Detailhandel** geht es gut. Die Umsätze sind seit der Coronapandemie stark gestiegen, und die Detailhändler erzielen weiterhin so hohe Umsätze. Diese positive Entwicklung, die auf die immer intensivere Arbeit der Angestellten zurückzuführen ist, muss sich auf die Löhne im Detailhandel (insbesondere bei **Coop, Migros** und in den **Tankstellenshops**) auswirken. Punkto Lohn hinkt diese Branche, in der traditionell mehr Frauen beschäftigt sind, hinterher: Im Detailhandel sind die Löhne im Vergleich zu anderen Branchen zu niedrig und die Inflation wurde nicht vollständig ausgeglichen. Die Detailhandelsketten haben Preiserhöhungen auf die Konsument:innen abgewälzt, aber die Löhne haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Daher sinken die Reallöhne der Angestellten. Tiefe Löhne sind im Detailhandel nach wie vor weit verbreitet. Und dies, obwohl die Produktivität der Mitarbeitenden stark gestiegen ist. Deshalb fordert die Unia in dieser Branche den vollen Teuerungsausgleich und das Aufholen von Kaufkraftverlusten, eine konsequente Erhöhung der Mindestlöhne sowie Realloohnerhöhungen für alle.

Im **Gastgewerbe** wurden in den letzten Jahren nur die Mindestlöhne zumindest an die Teuerung angepasst. Die Reallöhne aber haben sich nicht gleich entwickelt. Dies führt dazu, dass qualifizierte und unqualifizierte Arbeitskräfte in andere Branchen abwandern, wo die Löhne besser und die Arbeitszeiten weniger anstrengend sind. Deshalb fordert die Unia, dass die Reallöhne mindestens

im gleichen Umfang erhöht werden wie die Mindestlöhne in den letzten zwei Jahren, d.h. um mindestens 6 Prozent.

### **Temporärarbeit breitet sich aus: Prekäre Bedingungen müssen verbessert werden**

Die **Temporärbranche** hat enorm von der Pandemie und der wirtschaftlichen Erholung profitiert. Seit 2012 hat sie ihre Lohnsumme fast verdoppelt. Kaum eine andere Branche hat sich in so kurzer Zeit so stark entwickelt. Zudem handelt es sich um eine prekäre Branche, in der Kettenarbeitsverträge und zweitägige Kündigungsfristen die Norm sind. Die Löhne müssen also deutlich erhöht werden, um die von den Arbeitnehmenden getragenen Risiken abzugelten. Die Gewerkschaften fordern daher nicht nur einen vollständigen Teuerungsausgleich, sondern auch eine reale Erhöhung der Mindestlöhne um 200 bis 250 Franken.

### **Bauhauptgewerbe: Stagnierende Lohnentwicklung, akuter Fachkräftemangel**

Seit Jahren floriert die Baubranche in der Schweiz. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt, in den letzten 15 Jahren wurde mit gleich vielen Bauarbeitern ein immer höherer Umsatz erzielt. Mit anderen Worten: Seit Jahren leisten die Bauarbeiter immer mehr in immer kürzerer Zeit. Die Löhne hingegen blieben stehen. Aufgrund der steigenden Lebenskosten haben die Bauarbeiter deshalb immer weniger im Portemonnaie. Zusammen mit dem steigenden Druck dürften die stagnierenden Löhne ihren Anteil am akuten Fachkräftemangel im Bauhauptgewerbe haben: Heute verlässt jeder zweite Maurer die Branche und laut Baumeisterverband ist 2040 jede sechste Stelle unbesetzt. Diesen Problemen muss mit attraktiven Lohnbedingungen begegnet werden, weshalb wir den vollen Teuerungsausgleich plus mindestens 1 Prozent Lohnerhöhung für alle fordern.

### **Ausbaugewerbe: Energiewende durch tiefe Löhne gefährdet**

Die Diagnose gilt auch für das Ausbaugewerbe: Die Arbeitslast steigt, die Löhne stagnieren. Gerade in den Schlüsselbranchen für die Energiewende, der Gebäudetechnik und der Elektrobranche, herrscht ein eklatanter Fachkräftemangel. Es fehlen zehntausende zusätzliche Arbeitskräfte, damit die Schweiz die Energiewende packen kann, die das Stimmvolk mit dem Klimagesetz erst gerade beschlossen hat. Denn die Gebäude sind für 44 Prozent des Energieverbrauchs und für einen Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Es braucht laut den Expert:innen für die Sanierung von Gebäuden, für den Ersatz von Heizungsanlagen und für die Installation von Solaranlagen bis zu 87'000 Arbeitsplätze (vgl. Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW). Doch derzeit verlassen die Arbeitnehmenden die Gebäudetechnik- und Elektrobranche in Scharen. Wollen die Arbeitgeber ihre Fachkräfte halten und Junge für diese Berufe begeistern, dann müssen die Arbeitsbedingungen und die Löhne im Ausbaugewerbe deutlich besser werden. Es kann nicht sein, dass die Angestellten immer mehr arbeiten sollen und dafür immer weniger Geld in der Tasche haben. Ganz besonders gilt dies auch für die Westschweiz: Dort haben die 25'000 Arbeitnehmenden des Ausbaugewerbes, die z.B. als Schreiner:innen, im Maler- und Gipsergewerbe, als Dachdecker:innen oder als Platten- und Bodenleger:innen arbeiten, seit elf Jahren keine anständige Lohn- oder Mindestloohnerhöhung mehr erhalten – das ist inakzeptabel. In den Branchen des Ausbaugewerbes werden wir den vollständigen Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten fordern, plus 1 Prozent Lohnerhöhung für alle.

**Industrie: Gute Wirtschaftsaussichten müssen auch den Arbeitnehmenden zugutekommen**

Zum Abschluss blicken wir noch auf die Branchen der Industrie. In **den Betrieben der Uhrenindustrie**, die dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstehen, wurden alle Löhne per 1. Januar 2023 erhöht, und zwar um den Prozentsatz der Inflation von 2022 (3,5 %). Die Unia konnte diesen Ausgleich mit den Sozialpartnern dank des GAV aushandeln, in dem der Grundsatz des Lohnschutzes schon seit Langem verankert ist. Dieser Mechanismus bleibt auch in diesem Jahr gültig. Trotzdem bleiben die Löhne in dieser Luxusgüterindustrie, die in den letzten Jahren Umsatzrekorde gebrochen hat, insgesamt hinter den Erwartungen zurück.

In der **Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM)** ist der Teuerungsausgleich auf den Mindestlöhnen garantiert, was für die tiefsten Einkommen eine gute Sache ist. Die Reallöhne werden in jedem Unternehmen von den Personalkommissionen ausgehandelt. Die Verhandlungslinie der Unia beruht auf dem Aufholen der Lohnverluste der letzten Jahre sowie auf dem vollen Teuerungsausgleich und auf Realloohnerhöhungen.

Die **pharmazeutische und chemische Industrie** steht schliesslich sinnbildlich für die Gier und die fehlende Umverteilung der Arbeitseinkommen: Während die Dividenden und die Managerlöhne steigen, sind die Löhne der Arbeitnehmenden gesunken. Ein anschauliches Beispiel: Im Jahr 2021 erhielt der CEO von Roche 307-mal mehr Lohn als die/der am schlechtesten bezahlte Mitarbeitende. Daher bereiten wir uns auf eine Lohnforderung vor, die den vollen Teuerungsausgleich, den Ausgleich der steigenden Krankenkassenprämien und eine Realloohnerhöhung vorsieht, d.h. eine Erhöhung um rund 5 Prozent.